



Refugees welcome!

„Flüchtlinge willkommen!“, das nehmen sich viele Berliner und Berlinerinnen zu Herzen. Aber Hunderte Flüchtlinge, die seit Wochen vor der Zentralen Asylaufnahmestelle beim Landesamt für Gesundheit und „Soziales“ ab dem frühen Morgen lange vor Öffnung stunden- und tagelang ausharren, müssen anderes feststellen: Den Politikern in einem so reichen Land wie Deutschland sind sie nicht willkommen. Regelmäßig werden sie weggeschickt ohne ein Dach über dem Kopf, ohne Essen und medizinische Versorgung.

Flucht ist kein Verbrechen!

Merkel erklärt zwar, die Situation sei „extrem nicht zufriedenstellend“. Doch meint sie damit, dass Flüchtlinge schneller aus Deutschland vertrieben oder gar nicht erst rein gelassen werden sollen. Innenminister de Maizière will ran an die Sozialleistungen für Asylbewerber. 4,76 € pro Tag sind ihm zu viel. Tatsächlich kommt man damit nicht über die Runden, was alle Hartz-IV-Empfängerinnen wissen, die mit kaum höheren Sätzen auskommen sollen. Außerdem plant die Bundesregierung, Flüchtlinge ins Gefängnis zu stecken, wenn sie über ein anderes EU-Land eingereist sind. Damit dürften fast alle Asylsuchenden inhaftiert werden! Außerdem sollen Flüchtlinge ins Gefängnis, wenn sie Geld an einen Schleuser gezahlt haben. Doch die EU, unter entscheidender Mitwirkung von Deutschland, macht überall die Grenzen dicht. Gibt es eine Alternative zu professionellen Schleusern? Nein! Nicht die Schleuser erschaffen Flüchtlinge, sondern Elend, Kriege und die Abschottung an den Grenzen erschaffen die Schleuser. Es sind die reichen Länder selbst, die die Verantwortung für Flüchtlingsströme tragen.

Zahlenspiele mit Menschenleben

Regierung und Medien behaupten, dass dramatische Kosten auf Deutschland zukämen. Ein paar Hunderttausend Flüchtlinge, ein Problem? Größer als die Griechenland-Krise, wie Merkel behauptet? Lächerlich! Für Deutschland geht man von 450.000 bis 600.000 Flüchtlingen für das ganze Jahr aus. Wer soll glauben, dass das ein ernstes Problem wäre? 2014 ist die Türkei zum weltweit größten Aufnahmeland für Flüchtlinge geworden: Allein 1,65 Mio. syrische Flüchtlinge sind offiziell in der Türkei. Oder noch krasser Libanon: über 1,6 Mio. Flüchtlinge bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 4 Mio. Um-

gerechnet auf Deutschland entspräche das 24 Mio. Flüchtlingen... Dazu kommt, dass Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist.

Europa wird überrannt? Quatsch. Von 59,5 Mio. Flüchtlingen geht der UNHCR weltweit aus. Nur ein paar Hunderttausend schaffen es nach Europa. Keine Größenordnung, mit der die reichen Länder nicht klarkommen könnten.

Natürlich klingen die Millionenbeträge für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in unsren Ohren riesig. Sollen sie auch, sie sollen uns Angst machen. Aber das sind Peanuts im Staatshaushalt im Vergleich zu Subventionen für Banken und Unternehmen. Wenn Regierungspolitiker_innen die Flüchtlingszahlen dramatisieren, dann schüren sie Stimmung gegen Migranten und Migrantinnen, die als Sündenböcke ablenken sollen von allen für unsere sozialen Probleme Verantwortlichen!

Unsere Solidarität gegen ihre Verachtung

Wo es um Menschenleben geht, reden Politiker nur von Geld und zeigen damit ihre Verachtung. Wir kennen dieses „kein-Geld-da“-Argument zu Genüge. Das hören auch Hartz-IV-Bezieherinnen, die mit mickrigen Beträgen auskommen müssen und mit Sanktionen drangsaliert werden, Rentner mit ihren Armutsrenten, Geringverdienerinnen auf der Suche nach Sozialwohnungen, die Kita-Erzieher und Sozialarbeiterinnen, wenn sie vernünftige Löhne verlangen...

Doch, es gibt genug Geld, gerade in Deutschland. Erst gerade wieder wurde veröffentlicht, dass die Zahl der Millionäre steigt und die Gewinne der großen DAX-Unternehmen auf neuem Rekordhoch sind. Das sind die zwei Seiten einer Medaille: Unternehmen und Aktionärsfamilien schwimmen im Geld und stecken immer weitere Subventionen und Steuererleichterungen ein, sie profitieren von den Zinszahlungen der überschuldeten öffentlichen Haushalte und drehen weiter an der Ausbeutungs-schraube. Zugleich sind Städte und Kommunen verschuldet und behaupten, Sozialleistungen und Löhne nicht zahlen zu können.

Wir alle haben die Nase voll von diesem ungerechten kapitalistischen System. Halten wir solidarisch zusammen gegen alle, die diese Ungerechtigkeit aufrecht erhalten wollen.

Von Kollegen für Kollegen...

Darf es ein wenig mehr sein?

Nicht umsonst war die Verkürzung der Arbeitszeiten die wichtigste Forderung für die meisten Fahrpersonale. Zusätzlich wächst die Belastung durch die immer miserablere Fahrzeugsituation bei Regio und diverse Verspätungen. Das genügt eigentlich schon, um die Nase gestrichen voll zu haben. Aber dann muss der „Glückspilz“ von Dienstregler uns jetzt noch Schichtverlängerung wegen Bauarbeiten verkaufen oder das Planungsbüro klebt den Kreuzfahrer einfach an eine Planschicht ran.

Ab 90 min können wir zwar generell „nein“ sagen, aber selbst diese Regelung wird immer schamloser ausgenutzt und nimmt in letzter Zeit Überhand. Scheinbar muss auch die Einhaltung der Schichtpläne permanent erkämpft werden.

Angewiesener Mangel

Bei Regio wird, wenn überhaupt, öfter mit drei statt fünf Wagen gefahren. Wenn dann die Züge überquellen, darf laut neuer Weisung ein Halt ausgelassen werden.

Der nächste Zug hat dafür doppelten Spaß. Und die Leute, die raus wollen? Alle mal den Arm hoch?

Scheint, die „Führungseliten“ vertragen die Hitze genauso schlecht wie die Züge oder wo ist das „Serviceversprechen“ geblieben, von dem sie uns überzeugen wollen?

Wie immer werden grundsätzliche Probleme unter einer Weisung versteckt.

Geht's noch?

Herrje, die S-Bahn-Führung lässt wieder Fragebögen ausfüllen um zu testen, ob wir noch durchhalten. "Tausend mal berührt, tausend mal ist nichts passiert..." hmmm... Zum xten Mal ankreuzen, dass die Schichten Scheiße sind? Oder den Flyer, die einige Kollegen verteilt haben, der über die nächsten geplanten Schweinereien für die S-Bahn Lokführer informiert, mit rantackern... Klar, verständliche Forderungen zur Verbesserung unserer Arbeit sagen mehr als tausend Kreuze bei den unklaren Fragestellungen und Plänen des Unternehmens.

Je mehr Geschwafel, umso mehr Skepsis

„Effizienter, schlanker...“ Grube schwärmte auf der Aufsichtsratssitzung von der Zukunft der DB, was das Zeug hält. Dazu das Versprechen, es gäbe keinen Börsengang.

Wir sind geschult in Managersprech. Übersetzt bedeutet Grubes Geschwafel: Arriva und Schenker Logistics sollen an private Investoren verhökert werden, damit die Bilanz wieder stimmt. Zunächst nur ein bisschen, aber wir können uns gut an die Privatisierungen der Post und Telekom erinnern. Dort fing es auch mit „ein bisschen“ an. Reinigung oder Wartungsaufgaben gehen künftig vermehrt an externe Firmen. Was bleibt von der Bahn? Nur ein Briefkasten in irgend einem Steuerparadies?

Diese Konzernumbaupläne sind eine Kampfansage an alle DB-Kollegen.

Testlabor Friedrichstraße

Ende Juli hat die S-Bahn unsere Aufsichten rausgeschmissen. Aber für wie lange? Das Häuschen ist ja nicht leer. Nun sitzen da Kollegen, die zum Beispiel Feuerwache machen. Wie stehen die Wetten, dass Aufsichten zurückkommen, weil sie einfach nötig sind im Tunnel? Gut! Denn bis Januar 2016 kommen die Aufsichten zunächst einmal zurück, weil es kein Konzept, keine Sicherheit und keine Brandwachen für den Tunnel gibt. Sind wir denn nur Testratten im Tunnel, um zu sehen wie lange es ohne Aufsichten gut geht?

Theater

Den Streik abbrechen, ohne zu fragen. Die Tarifverträge unterschreiben, ohne zu fragen. Das ganze als Erfolg verkaufen, ohne zu fragen. Und jetzt erlaubt man uns, wo alles in Sack und Tüten ist, in der Urabstimmung anzukreuzen, ob wir dem Abschluss der Tarifrunde 2014/2015 zustimmen.

Demokratie im Streik ist nicht gerade das, was die GDL-Spitze gerne hat.

Parasiten im Norden und anderswo

Die hamburgisch-schleswig-holsteinische Nordbank (HSH) soll mehr als 22 Mio. Euro Bußgeld zahlen, weil sie Kunden bei der Steuerhinterziehung geholfen hat. Das ist der Deal mit der Staatsanwaltschaft. Diese staatliche Bank, die in der Blütezeit der Finanzkrise mit mehreren Milliarden staatlichen Geldern aufgepeppt wurde, hat gut daran verdient, die Millionchen der superreichen Kunden steuerfrei ins Ausland zu bringen. Bei der Commerzbank, der Deutschen Bank und anderswo läuft das nicht anders. Die Banker machen, was sie können, um ihren teuren Kunden zu helfen. Und das bringt ihnen viel mehr ein, als diese paar Millionen Bußgelder, die sie bereit sind zu zahlen, um eine Anklage zu verhindern.

Griechenland zum dritten Mal abgezockt

Während Medien wie BILD so tun, als würden unsere Steuermilliarden in das Fass ohne Boden Griechenland gepumpt, verdiente in Wirklichkeit der deutsche Staat selbst dann noch an der Griechenlandkrise, wenn alle griechischen Schulden ersatzlos gestrichen würden, wie kürzlich veröffentlicht wurde. Aber die Schulden werden nicht gestrichen, sondern immer wieder zu gnadenloser Erpressung benutzt. Ergebnis: Durch Mehrwertsteuererhöhung werden fast alle Lebensmittel, Strom und Heizung in Griechenland um 10 % verteuert, Sozialleistungen und Renten werden massiv gekürzt und Armut und Elend so weiter vorangetrieben. Die Syriza-Regierung ist vor dem Diktat eingeknickt und somit grandios gescheitert mit ihrer Strategie, durch Verhandlungen Zugeständnisse von Schäuble, Merkel und Co. zu erhalten. Das war genauso illusorisch, wie vom DB-Vorstand Rücksichtnahme auf unsere Interessen zu erwarten. Gegen die profitdiktierter Sparpolitik in ganz Europa hilft nur entschlossene Mobilisierung aller Arbeitenden!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wenn Du willst, dass es alle KollegInnen gut informiert, dann hilf dabei. Wende Dich an:

www.sozialistische-arbeiterstimme.org
flugblatt_bahn@gmx.de

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin